



Kranksein verboten?

„AUS“ FÜR JEDES ZWEITE SPITAL

Seite 2-3



Zum Internationalen Frauentag verteilte die KPÖ rote Nelken im Bezirk Voitsberg.



MOOSKIRCHEN:**Die Sache mit der Hausapotheke**

Nach dem plötzlichen Tod des Hausarztes von Mooskirchen wurde ein „Ärztelhaus“ errichtet. Der neue Arzt, der dort eingezogen ist, war nur bereit die Praxis zu führen, wenn er eine Hausapotheke hat.

Jetzt legt sich die Apothekerkammer quer, weil der Mindestabstand zu bestehenden Apotheken nicht gegeben sei.

Das ist ein großes Problem in Mooskirchen: Ein praktischer Arzt wird dringend benötigt, es gibt zahlreiche autolose Personen hier, die nächste Apotheke ist in Voitsberg oder Lieboch.

Ob es aber sinnvoll ist, dafür einfach eine Straße zu sperren, wie das der Bürgermeister getan hat, das ist eine große Frage.

KPÖ half 60 Mal in der Weststeiermark Tag der offenen Konten in Voitsberg

Seit 2006 bietet die KPÖ auch in Voitsberg Beratung und Unterstützung an. LABg. Claudia Klimt-Weithaler und Sozialarbeiterin Karin Gruber führen in der Weststeiermark regelmäßig Sprechstunden durch.

Claudia Klimt-Weithaler liefert den Großteil ihres Einkommens als Politikerin an den Sozialfonds der KPÖ ab und finanziert daraus Hilfeleistungen für in Not geratene Menschen. Im Jahr 2015 wurden so 60 Weststeierinnen und Weststeierer mit 9.530 Euro unterstützt.

Claudia Klimt-Weithaler: „Der Sozialfonds bietet eine einmalige Unterstützung, die nicht zurückgezahlt werden muss. Der Bedarf



„Helfen statt reden“: Den KPÖ-Sozialfonds gibt es seit 1998. Steiermarkweit konnten insgesamt 1.712.984,42 Euro an 12.644 Familien und Personen ausbezahlt werden.

wäre aber viel höher. Wir tun, was wir können, oft hilft auch eine gute Beratung. In den Sprechstunden

informieren über Unterstützungsmöglichkeiten, wenn Leute in eine schwierige Lage geraten sind.“

Die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge!

Man muss sich nur die geradlinigen Grenzziehungen im Nahen Osten anschauen, die zur Aufteilung der Interessenssphären ohne Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur diktiert wurden. Dann wird vieles klar, warum der Nahe Osten ein ständig brodelnder Kriegsherd ist.

Die Ausbeutung der Regionen und der massive Waffenexport, an dem sich Europa maßgeblich beteiligt, ist Ursache, dass immer wieder Kriege ausbrechen, die die Zivilbevölkerung massiv beeinträchtigen und zur Flucht aus den Kriegszonen bewegen. Die Fluchtbewegungen brechen unmittelbar von den umkämpften Zonen aus, sie werden nur eingegrenzt werden, wenn die Kämpfe beendet werden und die dort lebende Bevölkerung ausreichend versorgt wird.

Welche Strapazen sie dabei auf sich nehmen, können wir uns nicht vorstellen. Den Mut, den



sie dabei aufbringen müssen! Die Brüller vom Köflacher Hauptplatz samt ihrem bayrischen Leithammel hätten beim Besteigen der überfüllten Boote die Hosen randlos voll. Angst zu haben ist dann positiv, wenn sie ein Mittel zum Schutz vor unüberlegtem Handeln ist. Was aber diese Brüller machen, ist reine Angstmache vor unbekanntem Gefahren, aber diese Angst ist schnell verflogen, wenn man erst einmal diese Menschen, die angeblich so gefährlich sein sollen, tatsächlich kennen lernt und erkennt, dass es Menschen sind und keine potenziellen

Verbrecher. Die Bundesregierung tut das ihre dazu, die Ängste weiter zu schüren, statt der Bevölkerung menschliche Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Nach den Nachrichten mit den Bildern aus den Grenzregionen von Spielfeld oder Idomeni kommt mir immer wieder das Bild von Frau Mikl-Leitner im Alptraum vor, wie sie schwer bewaffnet in voller Montur die Grenze mit dem Maschinengewehr im Anschlag die Grenze sperrt. Das Bild ist nicht so weit hergeholt, wenn man die Überlegungen über „Flüchtlingsmaßnahmen“ bei einem Treffen von Polizeichefs von Mazedonien, Serbien, Kroatien, Ungarn, Slowenien und Österreich (ohne Griechenland!) über die Ausrüstung der Polizei mit alles

andere als harmlosen Waffen (Schockbomben, Tasern, Granatwerfer für Hartgummigeschosse usw.) in Betracht zieht. Das Wort „Schießbefehl“ war bereits öfter im Zusammenhang mit „Grenzschutz vor Flüchtlingen“ durch die Medien gegeistert. Die Lieferung dieser Waffen ist der unmittelbare Schritt zum Einsatz dieser Waffen gegen Flüchtlinge.

K. Pibernig

- Asyl ist ein Menschenrecht!
- Ausreichende Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge!
- Keine Geschäftemacherei mit Flüchtlingsquartieren, keine Schaffung von Massenquartieren!
- Für aktive Neutralitätspolitik!
- Keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete!
- Keine Waffen gegen Flüchtlinge!

Remus-Sebring will expandieren

Von Klaus Pibernig, KPÖ-Bezirks-sprecher



Die Remus-Sebringgruppe will expandieren und suchte sich daher potente Partner zur Gewährleistung des finanziellen Polsters zur Finanzierung dieser Expansion.

Die Gruppe arbeitet derzeit mit 400 Mitarbeitern auf den europäischen Standorten Bärnbach, Köflach und Bosnien. Dazu kommen noch Beschäftigte in dem bisher vorhandenen Vertriebsnetz, das man besonders im fernen Osten und Amerika ausbauen will. Die Partner für die geplante Expansion sind Hans-Peter Haselsteiner, allseits bekannt als ehemaliger Baulöwe, und Stephan Zöchling, früher bei Magna, werden die Mehrheitseigentümer sein, die Aufteilung der Anteile wird nicht bekanntgegeben.

Angelika und Otto Kresch verbleiben als Minderheitseigentümer im Vorstand, der durch Herrn Zöchling ergänzt wird. Der europäische Mitarbeiterstand, also nicht unbedingt der im Bezirk, soll jährlich um 50 erhöht werden. Zusätzlich wäre es erfreulich, wenn auch die bekanntermaßen nicht gerade üppigen Löhne aufgestockt würden.

Bürozeiten der KPÖ Voitsberg:



Jeden Freitag
13 - 15 Uhr:
im Büro der
KPÖ Voitsberg,
C.v. Hötzen-
dorfstraße 29,

zwischen Spar und LKH

Tel. 03142/22 421

Kerstin Sterf, Bezirkssekretärin
kerstin.sterf@kpoe-steiermark.at

Aus den Gemeinden

Köflach bekommt Hundewiese

In Köflach liest man immer wieder von diversen Vorfällen mit freilaufenden Hunden und über die Verschmutzung der Stadt durch die Vierbeiner. Viele Hundebesitzer klagen zudem darüber, dass es bereits mehrere Fälle gab, wo festgestellt wurde, dass Giftköder ausgelegt wurden.

In der Stadtgemeinde Köflach gibt es im Gegensatz zu zahlrei-

chen anderen steirischen Städten keine Hundewiese. Diese abgegrenzten Wiesen dienen dazu, dass Hundebesitzer und Hundebesitzerinnen ihre Tiere frei laufen lassen können. Gemeinderätin **Kerstin Sterf** (KPÖ) stellte in Köflach einen Antrag zur Erschließung einer Hundewiese im Stadtgebiet. „Eine Hundewiese würde die Situation entschärfen, sowohl für die Tierhalter/innen als auch für die Bevölkerung“, so Sterf. Der Antrag wurde erfreulicher Weise



Kerstin Sterf, KPÖ Gemeinderätin in Köflach.

angenommen. Man ist nun auf der Suche nach einer geeigneten Freifläche.

GKB: Warum keine Freifahrt für Präsenz- und Zivildienstler?

Präsenz- und Zivildienstler müssen bei der GKB den vollen Fahrpreis bezahlen, während sie bei den ÖBB Freifahrt haben. **Walter Weiss** (KPÖ) machte im Gemeinderat Deutschlandsberg auf diese Schlechterstellung bei der Graz-Köflach-Bahn (GKB) aufmerksam.

Weiss forderte für Präsenz- und Zivildienstler die Einführung eines Freifahrt-Ausweises auf allen Verkehrsverbund-Linien.

Der Deutschlandsberger KPÖ-Gemeinderat Weiss: „Ich meine, dass die Bezirkshauptstädte eine Vorreiterrolle im Sinne ihrer Präsenz- und Zivildienstler übernehmen



sollten! Jedenfalls wird die KPÖ diesen Antrag auch in Voitsberg und Köflach stellen, um so mehr Druck zu erzeugen!“

Kinderlandfasching in Geistthal-Södingberg



KPÖ für Erhalt des LKH Voitsberg

Still und heimlich haben die SPÖ und ÖVP im Jahr 2013 die Schließung der Geburtsstation am LKH Voitsberg abgesegnet. Mehr als 13.000 Stimmen des Bezirksvolksbegehrens wurden ignoriert, ebenso wie die Bestrebungen der Bürgerinitiative „Schützt kleines Leben.“ Nicht einmal der Landtag wurde mit den Anliegen der Bevölkerung befasst.



foto: © KAGES, LKH Voitsberg

nen Antrag im Gemeinderat für den Erhalt des LKH Voitsberg gestellt. In beiden Gemeinden wurde der Antrag angenommen. Eine weitere Initiative von **Hilde Tragler und Kerstin Sterf – KPÖ-Gemeinderätinnen in Voitsberg und Köflach** –, nämlich eine Bürgerversammlung einzuberufen, zu welcher der zuständige Landesrat Drexler und Vertreter der KAGES eingeladen werden, um der Bevölkerung in Hinblick auf die Zukunft der gesundheitlichen Versorgung im Bezirk Rede und Antwort zu stehen, wurde zwar in Köflach angenommen, in Voitsberg jedoch abgelehnt. Hier trifft man sich zum Diskutieren offensichtlich lieber nur mit den Bürgermeistern der Region. „Wir werden auf allen Ebenen, ob im Landtag oder in den Gemeinden, weiter für den Erhalt des LKH Voitsberg kämpfen!“ sagt **Klimt-Weithaler** und meint es im Gegensatz zu anderen regionalen Abgeordneten ernst.

Nun droht dem LKH Voitsberg der nächste schwere Schlag. Die Chirurgie soll ebenfalls geschlossen werden. **Claudia Klimt-Weithaler**, KPÖ-Klubobfrau im Landtag: „Unter dem Deckmantel einer Kooperation mit dem LKH Deutschlandsberg wird an einer Schließung des LKH Voitsberg auf Raten gearbeitet.“ Ein gut funktionierendes Krankenhaus wird Stück für Stück zugesperrt, bis nur mehr die Geriatrie überbleibt. Die Bevölkerung des Bezirkes Voitsberg leistet wie alle anderen Steirerinnen und Steirer ihren Beitrag zu unserem Gesundheitssystem und hat auch das Recht auf eine Versorgung ohne endlose Anfahrtswege. Deshalb hat die KPÖ sowohl in Voitsberg als auch in Köflach ei-

MEINUNG

Gemeinderätin Hilde Tragler

LKH Voitsberg: Gesundheitsversorgung aufrecht erhalten!



Nach der Schließung der Geburtsstation drohen dem LKH Voitsberg durch einen Verbund mit dem LKH Deutschlandsberg weitere Einschnitte. „Wenn nichts passiert, sind beide Chirurgien weg“, so die unverhohlenen drohende Schlagzeile der Kleinen Zeitung zu den Teilschließungsplänen für das LKH Voitsberg und Deutschlandsberg. Ein Krankenanstaltenverbund zwischen Deutschlandsberg und Voitsberg wird vom verantwortlichen Landesrat dabei als vermeintlicher Ausweg präsentiert.

zu Zeiten als die Produktivität in unserem Land viel niedriger war leisten konnten, nun nicht mehr leistbar sein soll.

Um die Gesundheitsversorgung bei uns im Bezirk aufrecht zu erhalten, habe ich daher im Voitsberger Gemeinderat zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht. Angenommen wurde der Antrag für den Erhalt des LKH in bisheriger Form, von der Mehrheitsfraktion abgelehnt wurde jedoch die Einberufung einer Bürgerversammlung. Widerstand, der sich nur auf das Verfassen von Briefen und Resolutionen beschränkt und die Bürgerinnen und Bürger nicht einbindet, ist bestenfalls halbherzig. Wenn die Mehrheitsfraktion in unserer Stadt daher ernsthaft für den Erhalt der gesamten Chirurgie in Voitsberg eintreten will, sollte sie schleunigst die Bevölkerung einbinden und echten Widerstand gegen die Schließungspläne organisieren.

ÖVP Landesrat Drexler wird im Artikel mit den Worten: „Patienten aus Voitsberg müssen sich deswegen nicht an Deutschlandsberg wenden, jeder kann nach Graz fahren“, zitiert. Beteuerungen seitens der Landespolitik, dass sich für die Patienten und Patientinnen nichts ändert, stellen sich damit klar als falsch heraus. Wenn nicht mehr alle Operationen in Voitsberg angeboten werden sollen, ist das eine klare Verschlechterung. Für mich zählen die Menschen und nicht die Kosten. Der Herr Landesrat müsste mir einmal erklären, warum ein Spital, das wir uns

Ich werde mich jedenfalls weiterhin für den Erhalt des LKH Voitsberg und gegen weitere Teilschließungen einsetzen – im Gemeinderat und auch in der Arbeiterkammervollversammlung.
Hilde Tragler

Am 30.1.2016 feierte die Kinderland-Ortsgruppe im Freizeitclub Krendl Kinderfasching. Obfrau Romana Dörner und Obfrau-Stellvertreterin Patrizia Dörner konnten zahlreiche große und kleine Besucher/innen begrüßen. Tänze und Spiele haben großen Spaß gemacht! Ein großes Dankeschön geht an dieser Stelle an alle Helfer und Helferinnen sowie an Familie Krendl, die den Saal gratis zur Verfügung gestellt hat.



Aus den Gemeinden



Hilde Tragler, KPÖ Gemeinderätin in Voitsberg

Wir brauchen einen Kautionsfonds

Die erste Hürde beim Bezug einer neuen Wohnung ist die Aufbringung der Kaution. Meistens werden Kautionen in der Höhe von drei Monatsmieten oder mehr verlangt. Das stellt viele Wohnungssuchende vor ein gewaltiges finanzielles Problem.

Mit einem Kautionsfonds, wie es ihn in anderen Städten schon gibt, könnte Abhilfe geschaffen werden.

„Wir kennen das Problem vor allem aus unseren Sozialsprechstunden, deshalb haben wir diese Initiative gesetzt!“ Damit begründete Gemeinderätin Hilde Tragler (KPÖ) ihren An-

trag im Gemeinderat Voitsberg. Sie wollte damit erreichen, dass die Gemeinde prüft, ob es eine Möglichkeit gibt, einen Kautionsfonds zu schaffen. „Eine Unterstützung durch die Gemeinde wäre für die Menschen eine große Hilfestellung und hätte auch positive Auswirkungen auf die Anzahl der Einwohner in einem Bezirk, der immer mehr

Helfen
statt
reden!



von Abwanderung bedroht ist.“ Der Antrag wurde leider abgelehnt. Die Gemeinderätin gibt sich kämpferisch: „Ein abgelehnter Antrag heißt für mich noch lange nicht, dass der Kautionsfonds vom Tisch ist. Ich werde mich weiter dafür einsetzen!“

In den Städten Graz und Knittelfeld wurde auf Initiative der KPÖ bereits ein Kautionsfonds installiert.

Protest
gegen
TEUERUNG

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat! Graz, Landhaus
Vor Anmeldung erbeten

Beispiel Graz: Eine starke KPÖ ist gut für die Leute

Die Landeshauptstadt Graz und das Umland sind fast zusammengewachsen. Bei der Stadtgrenze gibt es aber einen Unterschied: In Graz gibt es eine starke KPÖ.

Seit 1998 ist die KPÖ in der Grazer Stadtregierung vertreten. Ernest Kaltenegger und Elke Kahr haben als Stadträte viel für die Menschen erreicht und immer gemeinsam mit der Bevölkerung gehandelt. Ihr Motto war und ist: „Helfen statt reden“.

So gibt es in Graz das Zuzahlungsmodell für Mieter von Gemeindewohnungen. Niemand muss mehr als ein Drittel des Familieneinkommens für das Wohnen (inklusive Betriebskosten) aufwenden. Der Verkauf der Gemeindewohnungen und andere Privatisierungen konnten abgewendet werden.

Bei den Verhandlungen um das Grazer Kommunalbudget für die Jahre 2015

und 2016 hat man ÖVP und SPÖ wichtige Zugeständnisse abgerungen. Darin enthalten war die verbilligte Jahreskarte für Grazerinnen und Grazer um 228 Euro. Das Angebot wurde zur Erfolgsgeschichte. Stadträtin Elke Kahr: „Wir werden alles dafür tun, dass diese Jahreskarte auch in Zukunft angeboten wird.“

Auch auf anderen Gebieten hat es sich der Einfluss der KPÖ positiv ausgewirkt. Kanal- und Müllgebühren sind 2015 und 2016 nicht erhöht worden. Die von ÖVP, SPÖ und FP beschlossenen automatischen Anhebungen dieser Tarife wurden ausgesetzt. Die Parteienförderung wurde leicht gekürzt. Das Programm zum Ankauf von Grundstücken für neue Gemeindewohnungen kommt voran.

Elke Kahr: „Die Richtung der Politik haben wir nicht ändern können. Wir haben aber einige Verbesserungen für die Bevölkerung erreicht. Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen.“



Ein Bad für jede Gemeindewohnung: Dieses Versprechen von Elke Kahr ist mittlerweile eingelöst.

Hilfe. Wohnen ist zu teuer



Wohnen ist Teuerungsmotor Nummer Eins. Hohe Wohnungseinstiegs-
kosten und Maklerprovision verschärfen das Problem.

Die Unterschriftenkampagne der KPÖ stößt auf breiten Widerhall. Viele Menschen sehen es nicht ein, dass sie bei Anmietung einer Wohnung zwei Monatsmieten Provision zahlen müssen. Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Die Zustimmung ist groß. Wir haben schon deutlich über 4.000 Unterschriften dafür gesammelt“, sagt Kahr. Die Makler haben bereits reagiert – mit einer Plakat- und Inseratenkampagne zur Image-Politur.

Auch in einer Wochenzeitung reagierte Gerald Gollenz von der Wirtschaftskammer ziemlich grantig. Die Forderung der KPÖ sei „kurzsichtig, denn nur beim Makler ist der Mieter sicher“, behauptete er, denn nur der

Wussten Sie, dass die FPÖ 2011 mit einer Petition beim Bund erreichen wollte, dass die Maklergebühren wieder von zwei auf drei Monatsmieten erhöht werden?

Makler sei „verpflichtet, die Mieter über eine Vielzahl an Regeln und Gesetzen aufzuklären“.

Tatsächlich ist es eher Ausnahme als Regel, dass Makler die Mieterinnen und Mieter rechtlich beraten. Sichere Informationen bekommt man bei der AK, dem Mieterschutzverband oder beim Mieternotruf der KPÖ (0316 / 71 2479).

„Wir lassen bei den Wohnkosten nicht locker“, betont Elke Kahr.



foto: benede11 fotolia.at

Ein Faktor bei den Miet-Einstiegskosten ist die Kautions. Hier könnte die Gemeinde mit einem Kautionsfonds einspringen. Dies ist in Knittelfeld auf Antrag der KPÖ bereits geschehen.

Wohnen macht arm

1975: Miete öS 600.- Gehalt 4.000 öS, also 15% für Miete
2015: Miete Euro 600.- Gehalt 1.500 Euro, also 40% für Miete

Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

Seit 1. Juni 2015 muss in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter verringert die Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:

- Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.
- Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



KPÖ

Eine Initiative der KPÖ Graz Elke Kahr

Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.
Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79
Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at